

# Bluhms Bericht aus Berlin

Ausgabe 01/2006

1. Jahrgang



## Heidrun Bluhm

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

### Impressum

Deutscher Bundestag,  
Büro Heidrun Bluhm,  
Platz der Republik 1,  
11011 Berlin  
Tel.: 030 22770256  
Fax: 030 22776155  
E-Mail: [heidrun.bluhm@bundestag.de](mailto:heidrun.bluhm@bundestag.de),  
[www.heidrun-bluhm.de](http://www.heidrun-bluhm.de)  
V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM BUNDESTAG

### **Woba-Verkauf muss Ausnahme bleiben - Kommunale Finanzkrise überwinden und Handlungsspielräume sichern**

Der vollständige Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaft (WOBA) in Dresden ging in den letzten Wochen durch die Medien und sorgte für heftige Diskussionen. Wie werden die Kommunen in Zukunft mit ihren Wohnungsbaugesellschaften umgehen? Als bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag sehe ich den beschlossenen Verkauf mit großer Sorge.

Der heftig diskutierte Beschluss ist kein Vorbild für andere Städte und Gemeinden. Politik beraubt sich ihres Gestaltungsspielraumes, wenn sie auf Privatisierung setzt. Die langfristigen Folgen solcher Verkäufe werden zu Gunsten einer einmaligen Einnahme zu wenig beachtet. Wir als Fraktion DIE LINKE kämpfen im Bundestag nachdrücklich gegen den neoliberalen Trend, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge allein den Spielregeln des Marktes zu überlassen. Eine weitere Marktöffnung öffentlicher Dienstleistungen – wie etwa der Wasserbetriebe, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, öffentliche Sparkassen, ÖPNV – darf es nicht geben. Wohnen, Strom und Wasser müssen bezahlbar bleiben. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. Der Markt regelt eben nicht alles besser, wie es die bürgerlichen Parteien immer wieder neu glauben machen wollen. Ein Marktversagen kann sich die Gesellschaft in elementaren Bereichen nicht leisten. Dazu gehört vor allem das Grundrecht auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum.

Erhalt und Schaffung bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnungen müssen sich an den gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen und Erfordernissen der Menschen orientieren. Dazu gehören z.B. generationsübergreifendes Zusammenleben, zentrumsnahe und altengerechte Wohnungen, sozialräumliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern, Bürgerbegegnungs-Zentren, Strukturen gegenseitiger Nachbarschaftshilfe.

Durch meine langjährige Arbeit in der Kommunalpolitik in Schwerin habe ich unmittelbar erfahren, welche Folgen der zunehmende kommunale Investitionsstau von mehreren Milliarden Euro auf die Stadt hat: Die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen, Turnhallen, Sozialeinrichtungen, öffentlichen Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen in den Kommunen wird zunehmend drängender. Die kommunalen Finanzen müssen durch eine Gemeindefinanzreform wieder auf eine solide Einnahmehasis gestellt werden, meint

Ihre

## **Das Beispiel Bombodrom zeigt: Friedenspolitik ist auch Kommunalpolitik**

Friedenspolitik im In- und Ausland heißt für mich, im eigenen Land zu beginnen und die Vielzahl von Initiativen in Ihrem Kampf gegen das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide zu unterstützen. Wir werden weiter – sowohl im Bundestag als auch auf kommunaler Ebene – mit Unterstützung zahlreicher Bürgerinitiativen den Druck auf die Bundesregierung und den Verteidigungsminister Jung erhöhen, ihre Pläne aufzugeben und den Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung nicht weiter zu ignorieren. Ohne jede Notwendigkeit hält sie an einer militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock fest. Die Linksfraktion im Bundestag wird auch in Zukunft unmissverständlich deutlich machen, dass sie glaubwürdig und ohne Kompromisse für Frieden und Abrüstung steht.

Das kompromisslose Beharren der Bundesregierung auf ein Bombodrom steht in einem größeren Zusammenhang: Es ist Teil einer fortschreitenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, diese Entwicklung endlich zu beenden. Die militärischen Konflikte in der Welt zeigen deutlich, dass der effektivste Weg der Friedenssicherung und Vermeidung von Kriegen darin besteht, in Entwicklungshilfe und den Aufbau demokratischer Strukturen zu investieren. Knappe Steuergelder sind für diese Zwecke bei weitem sinnvoller ausgegeben. Bereits heute gibt es Ungereimtheiten und Widersprüche zwischen der offiziellen Rot-Grünen Ablehnung des Irakkrieges und der Verstrickung der Geheimdienste. Der BND-Untersuchungsausschuss, der vor allem auf Drängen der Linksfraktion zu Stande gekommen ist, wird es ans Licht bringen, ob Rot-Grün die Wähler auch in der Frage der Nichtbeteiligung am Irak-Krieg und ihrem Bekenntnis zu den Menschenrechten getäuscht hat.

Weder will eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, dass die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgerüstet wird, noch wollen die Menschen der Region den Lärm tiefliegender Kampfbomber und detonierender Übungsgeschosse ertragen müssen. Die Lebensqualität der Anwohner/innen würde massiv gestört werden, die dort ausgewiesenen Naturschutzgebiete und der Lebensraum der heimischen Tierwelt würde gestört und die weitere naturnahe touristische Entwicklung der Region behindert werden. Der Kyritz-Ruppiner Heide nutzen keine unnötigen Kriegsspiele sondern Urlaubsziele, um die wirtschaftliche und touristische Entwicklung voranzubringen. Landes- und Bundesregierung haben in den letzten Jahren die Entwicklung der Urlaubs- und Freizeitangebote gefördert. Die negativen Auswirkungen eines Truppenübungsplatzes auf die Entwicklung des Tourismus in der Region als Wachstumsbranche mit großem Potenzial wären fatal. Hinzukommen die in mehreren Gutachten nachgewiesenen erheblichen Umweltbelastungen der Region.

Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen erheben zu Recht den Anspruch, gehört zu werden, wenn es um Krieg und Frieden geht. DIE LINKE. wird weiterhin konsequent die Aktionen der Bürgerinitiativen gegen das Bombodrom unterstützen.

### **Kontakt - Wahlkreisbüros:**

Für die Region Müritz: Elke Schoenfelder, D.-Bonhoeffer-Str. 7, 17192 Waren  
Tel.-Nr.: 03991-187186, Fax: 03991-187780, E-Mail: [heidrun.bluhm@wk.bundestag.de](mailto:heidrun.bluhm@wk.bundestag.de)

Für die Region Bad Doberan/ Güstrow: Peter Hörnig, Marktstr. 1a, 18209 Bad Doberan  
Tel.-Nr.: 038203-62391, Fax: 038203-62180, E-Mail: [kv-dbr@linkspartei-pds-mv.de](mailto:kv-dbr@linkspartei-pds-mv.de)

Für die Region Uecker-Randow/ Neubrandenburg/ Mecklenburg-Strelitz: Lothar Meistring, Am Markt 8, 17309 Pasewalk, Telefon und Fax: 03973-210564, E-Mail: [wkb-uer@heidrun-bluhm.de](mailto:wkb-uer@heidrun-bluhm.de)

Für die Region Schwerin, Ludwigslust: Kay Spieß, Martinstraße 1/ 1a, 19053 Schwerin,  
Tel.Nr.: 0385-7603817, Fax: 0385-7603819, E-Mail: [info@heidrun-bluhm.de](mailto:info@heidrun-bluhm.de)

## Im Dienste der Bürger – Der Petitionsausschuss

Im Artikel 17 des Grundgesetzes heißt es: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Neben meiner Mitgliedschaft im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und meiner damit verbundenen Funktion als bau- und wohnungspolitische Sprecherin bin ich auch Mitglied des Petitionsausschusses im Bundestag und dort als Obfrau der Fraktion tätig. Die Obleute sind die Sprecher der jeweiligen Fraktion im Ausschuss, sie bereiten die Beratungen des Petitionsausschusses vor und setzen politische Akzente in der Arbeit des Ausschusses.

Nicht zufällig hat die Linksfraktion im Bundestag mit Kerstin Naumann den Vorsitz des Petitionsausschusses übernommen. Es ist ein Grundanliegen unserer Fraktion, die Menschen im Lande darin zu bestärken, ihre Rechte selbstbewusst zu vertreten und das Bürgerengagement und die „Demokratie von unten“ zu fördern. Der Petitionsausschuss ist ein bedeutendes Instrument dafür: Er versteht sich als zentrale Anlaufstelle für die Sorgen, Nöte und Anregungen der Menschen in Deutschland, wenn es um Probleme mit Bundesbehörden und anderen Einrichtungen geht, die der Aufsicht des Bundes unterliegen.

Wir wissen nur zu gut, dass staatliche Organe, Behörden und Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, Fehler machen oder ihre Kompetenzen überschreiten oder falsch auslegen. Gleiches gilt für die Bundesgesetzgebung. Demokratie bedarf der Teilnahme und Auseinandersetzung. So hat der Ausschuss auch das Recht, auf Änderungen der Bundesgesetzgebung zu drängen. Der Bürger kann das Petitionsrecht dazu nutzen, Anregungen für die Gesetzgebung zu formulieren. Nicht eingreifen kann der Petitionsausschuss in privat-rechtliche Auseinandersetzungen. Ebenso wenig kann er gerichtliche Urteile oder andere gerichtliche Entscheidungen überprüfen.

*Fortsetzung auf Seite 4*

### **Ich möchte folgende Publikationen der Linksfraktion im Bundestag bestellen (bitte ankreuzen):**

- „Wer nicht ausbildet, soll zahlen – Lage und Perspektiven in der beruflichen Bildung nach dem Scheitern des Ausbildungspaktes – Dokumentation einer Sachverständigenanhörung“
- „Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategien zur Überwindung von Hartz-IV – Reader zur Anhörung“
- „Wieviel große Koalition vertragen die Menschen in Deutschland? – Eine neue soziale Idee wagen – Alternativen zur Politik der großen Koalition – Reader zur Anhörung“
- „Die Fraktion DIE.LINKE im Bundestag stellt sich vor“
- „Stichwort Deutscher Bundestag: Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung“
- „Stichwort Deutscher Bundestag: Petitionen“
- „Flyer: Im Dienste der Bürger: Der Petitionsausschuss“
- „Flyer: Atomwaffen aus Deutschland abziehen!“
- „Infoheft: Fragen und Antworten zur EU-Dienstleistungsrichtlinie“
- „Flyer: Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik jetzt!“
- „Antrag der Fraktion DIE LINKE: Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategie zur Überwindung von Hartz-IV“

## Im Dienste der Bürger – Der Petitionsausschuss

*Fortsetzung von Seite 3*

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat im Laufe eines Jahres eine immense Arbeit zu leisten. Jährlich gehen im Durchschnitt zwischen 15.000 bis 18.000 Petitionen ein. Im Jahr 2005 waren es sogar 22.000 Petitionen, die den Petitionsausschuss des Bundestages erreichten. Die meisten Petitionen betrafen Probleme des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherung.

Das Petitionsrecht wurde so ausgestaltet, dass es mühelos und ohne große Hürden in Anspruch genommen werden kann: Es gilt nur die Vorgabe, sich schriftlich – mit Adresse und Unterschrift – zu äußern. Seit September 2005 besteht zudem die Möglichkeit, dass die Bürger ihre Beschwerden auch über das Internet an den Bundestag richten können.

Eine weitere Neuerung seit dem letzten Jahr ist die Möglichkeit, eine Petition als öffentliche Petition einzureichen. In diesem Fall wird die Petition im Internet veröffentlicht und jeder Bürger hat die Möglichkeit, seine Meinung im Diskussionsforum zur äußern und die noch nicht abgeschlossene Petition zu unterstützen.

Auf der Internetseite [www.bundestag.de/ausschuesse/a02/onlinepet/index.html](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a02/onlinepet/index.html) des Bundestages finden Sie weitere Erläuterung zum Petitionsverfahren. Öffentliche Petitionen finden sie unter: <http://itc.napier.ac.uk/e-Petition/bundestag/>. Petitionen sind zu richten an: Deutscher Bundestag, Petitionsausschuss, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Im Netz und ohne doppelten Boden:**

**[www.Heidrun-Bluhm.de](http://www.Heidrun-Bluhm.de)**

**[www.Linksfraktion.de](http://www.Linksfraktion.de)**

Absender:

---

---

---

Bitte  
ausreichend  
frankieren!

Platz für Ihre Nachricht an uns:

**Heidrun Bluhm (MdB)**

**Deutscher Bundestag**

**Platz der Republik 1**

**11011 Berlin**